

## **186 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XXII. GP**

### **B e r i c h t**

#### **des Verkehrsausschusses**

#### **über den Entschließungsantrag 79/A(E) der Abgeordneten Gabriele Binder, Kolleginnen und Kollegen betreffend Zusatztafeln an Ortstafeln**

Die Abgeordneten Gabriele Binder, Kolleginnen und Kollegen haben den gegenständlichen Entschließungsantrag am 26. März 2003 im Nationalrat eingebracht.

Dieser Antrag war wie folgt begründet:

„Die unklare Rechtslage in Sachen Zusatztafeln an Ortstafeln haben mehrere Gemeinden veranlasst, Hinweistafeln, wie z.B. „Familienfreundliche Gemeinde“, von ihren Ortstafeln abzumontieren. Dies, obwohl der damalige Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie schon im August 2002 in einer Anfragebeantwortung (3942/AB XXI. GP) berichtete, dass er die Anbringung von Zusatztafeln an Ortstafeln als zulässig erachte und eine diesbezügliche Änderung der Straßenverkehrsordnung plane.

Die unterfertigten Abgeordneten fordern nun den Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie auf, die angekündigte Änderung der StVO vorzunehmen um endlich Klarheit in der juristischen Sachlage betreffend Zusatztafeln an Ortstafeln zu bringen.

Ziel muss sein, eine bundeseinheitliche und klare Regelung herbeizuführen, die die Wahrnehmung von Ortstafeln mit den individuellen Gestaltungswünschen der einzelnen Gemeinden vereinbart.

Diese Regelung muss klare Vorschriften betreffend erlaubten Hinweistafeln, deren Gestaltung, Größe, Anzahl und Platzierung beinhalten. Gleichzeitig muss festgehalten werden, dass auf den Ortstafeln ausschließlich gemeinderelevante Informationen, und keine Tafeln von Unternehmen oder Privatpersonen, angebracht werden dürfen.“

Der Verkehrsausschuss hat den gegenständlichen Entschließungsantrag am 3. Juli 2003 in Verhandlung genommen.

- 2 -

An der Debatte beteiligten sich der Berichtstatter Abgeordneter Kurt Eder und die Abgeordnete Dr. Evelin Lichtenberger.

Bei der Abstimmung fand der gegenständliche Entschließungsantrag keine Mehrheit.

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt der Verkehrsausschuss somit den **Antrag**, der Nationalrat wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

Wien, 2003 07 03

**Astrid Stadler**  
Berichtstatterin

**Kurt Eder**  
Obmann